Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

10 Goldpfennig = 100 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Mittwoch, 30. Juli 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung: Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 041. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 45. Bei unverschuldeter Nichtlieferung bestehet kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark für 23 mm breite Millimeter-Zeile. Behördenanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

30. 7. m Nr. 354 100 Milliarden
63. Jahrgang.

Beilegung des deutsch-russischen Zwischenfalls.

Konzessionen auf beiden Seiten

Gestern mittag ist im Auswärtigen Amt von dem Reichsminister Dr. Stresemann und dem Geschäftsträger der SSSR. Botschaftsrat Bratman-Brodowski ein Protokoll über die Beilegung des deutsch-russischen Zwischenfalls unterzeichnet worden. Das Protokoll hat folgenden Wortlaut:

Geleitet von dem Bestreben, den durch die Vorgänge in der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken am 3. Mai hervorgerufenen Zwischenfall in freundschaftlicher Weise beizulegen, haben

die Deutsche Regierung
vertreten durch den Reichsminister des Auswärtigen
Herrn Dr. Stresemann
und
die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken
vertreten durch ihren Geschäftsträger
Herrn Bratman-Brodowski

die Unterzeichnung folgenden Protokolls vereinbart:

I. Die beiden Regierungen sehen den Notenwechsel über den Zwischenfall als abgeschlossen an.

II. Die Deutsche Regierung erklärt, daß das Vorgehen der Polizeibehörde in Berlin gegen die Handelsvertretung am 3. Mai eine eigenmächtige Aktion der deutschen Polizei darstellt. Sie gibt der Auffassung Ausdruck, daß die von den Polizeibehörden am 3. Mai zugegangene Meldung über die Entweichen Boschenkrots Kriwokoja als Grund für die von der Polizei angeordnete Aktion dienen konnte. Aus diesem Grunde und im Hinblick auf das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken mißbilligt sie diese Aktion und bedauert, daß der Zwischenfall dadurch eine solche Ausdehnung erhalten hat. Sie bringt der Sowjetregierung zur Kenntnis, daß der Leiter der Aktion seiner bisherigen Dienststellung enthoben worden ist. Wegen der von deutschen Beamten gegen exterritoriale Beamte der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken getroffenen Maßnahmen hat die Deutsche Regierung bereits ihr Bedauern ausgesprochen. Die schuldigen deutschen Beamten werden bestraft werden.

III. Die Deutsche Regierung erklärt sich bereit, den von deutschen Beamten im Gebäude der Handelsvertretung verursachten Materialschaden in entgegenkommender Weise zu ersetzen.

IV. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken bestätigt, daß sie in Uebereinstimmung mit den geschlossenen Verträgen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit allen ihren Beamten und Angestellten, also auch den Mitarbeitern der Handelsvertretung, verboten hat, in irgendeiner Weise an dem innerpolitischen Leben Deutschlands teilzunehmen, und wird sie für die Zuwiderhandlung dieses Verbotes, das sich naturgemäß nicht auf das Verhalten deutscher Angestellter außerhalb ihrer Tätigkeit für die Handelsvertretung erstreckt, nach wie vor Sorge tragen. Sie wird unter diesem Gesichtspunkt auch die in Verbindung mit dem vorliegenden Zwischenfall entstandenen Fragen behandeln.

Beide Regierungen erkennen an, daß durch den Zwischenfall vom 3. Mai die Rechtsstellung der Handelsvertretung, wie sie sich aus den geschlossenen Verträgen ergibt, nicht geändert worden ist. Da sich jedoch anläßlich des Zwischenfalles Meinungsverschiedenheiten über die Tragweite der nach diesen Verträgen der Handelsvertretung zustehenden besonderen Rechten ergeben haben, sind die beiden Regierungen übereingekommen, daß von der Gesamtheit der gegenwärtig zur Handelsvertretung gerechneten Räumlichkeiten im beiderseitigen Einvernehmen ein zusammenhängender Komplex von Räumlichkeiten der eigentlichen Handelsvertretung, der von dem übrigen Teil des Gebäudes vollständig getrennt wird und einen eigenen Straßeneingang besitzt, als unverletzlich abgesondert wird. Als eigentliche Handelsvertretung gilt die Gesamtheit der exterritorialen Mitarbeiter und der von ihnen gemieteten Wohnungen mit den zugehörigen Räumlichkeiten. Die Zerteilung des Hauses in zwei gänzlich getrennte Teile geschieht gemäß dem beigelegten Plan, der als Bestandteil der vorliegenden Abmachung gilt. Durch diese Absonderung werden die aus dem Abkommen vom 6. Mai 1921 fließenden sonstigen Rechte und Befreiungen der Handelsvertretung nicht berührt; indessen bleiben für die übrigen zur Handelsvertretung gerechneten Räumlichkeiten die Bestimmungen im Absatz 2 des Artikels II des Abkommens in Geltung. Diese provisorische Berstandigung bleibt während der Dauer des Abkommens vom 6. Mai 1921 in Kraft. Beide Regierungen werden irgendwie geleitet von dem Wunsche, den Handelsvertrag sinnlichst bald abzuschließen, beschreit sein. Die Verhandlungen spätestens im Laufe eines Jahres zu dem Abschlusse dieses Protokolls zum Abschluß zu bringen.

VI. Beide Regierungen werden dafür Sorge tragen, daß die beteiligten Dienststellen etwaige aus Anlaß des Zwischenfalles getroffene Maßnahmen beseitigen, den durch diese Maßnahmen veränderten Zustand, wie er der dem Zwischenfall beteiligten Bad, wiederherstellen und keine neuen derartigen Maßnahmen mehr treffen.

VII. Das Protokoll tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft. Es wird in deutscher und russischer Sprache ausgefertigt. Beide Texte gelten als authentisch.

Aus dem Wetterwinkel Europas.

fr. Mailand, 29. 7. (Eigenbericht)

Eine Korrespondenzmeldung aus Budapest besagt, daß vertrauenswürdige Personen, die am Sonnabend aus Rumänien in Budapest eingetroffen sind, versichern, Rumänien habe am Vorabend ernster Ereignisse. Die Truppen wird erheblich geschlossen und eine scharfe Post- und Telegrammzensur eingeführt. Die rumänische Regierung hat zwar offiziell dementiert, daß in Bessarabien bei Belgorandnistrjsk verhängt sei, die Beisenden haben aber den Eindruck eines Plakates mitgebracht, das der Kommandierende General in Bessarabien hat anschlagen lassen.

Gleichzeitig hat auch der bulgarische Innenminister in einem Interview Wiener Journalisten zugegeben, daß die kommunistische Agitation in Bulgarien stärker sei als je vorher und über reiche Geldmittel verfüge, die aus Moskau stammen.

Verschiebung des Schwerpunktes.

Gefahren für Deutschland

a. London, 29. 7. (Eigenbericht.)

Die Londoner Konferenz hat allmählich aufgehört, ein Ereignis zu sein. Sie ist zu einem Zustand geworden, zu einem Zustand der Verwirrung, der Ratlosigkeit, und um es deutlicher zu sagen, der inneren Verlogenheit. Lange haben diese Konferenz begann, wurde an dieser Stelle immer wieder betont, daß es nur eine Fiktion ist, wenn von englischer Seite behauptet wird, daß sich die Verhandlungen nur mit der Durchführung des Finanzgutachten befassen wollen und daß in Wirklichkeit ein allgemeines politisches Zusammenschaft einsehen werde, bei dem die wichtigsten Lebensfragen Deutschlands auf dem Spiel stehen würden. Tatsächlich nahmen die Dinge von Anfang an diesen Verlauf, wenn auch zunächst noch außen hin wenig erkennbar. Je mehr die Konflikte jedoch sich zuspitzten, um so deutlicher rückte man auf allen Seiten mit der Sprache heraus. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, dürfte möchte ich ein englisches Zeugnis anführen. Ein Londoner Bericht des „Manchester Guardian" gibt folgende Schilderung:

„Die Frage der Garantien für die Anleihe bildet jetzt nicht mehr die Hauptsache bei den privaten Besprechungen. Französische Bankiers sind nach London gekommen und versuchen über die interalliierte Schuldenfrage. Die militärischen und politischen Sachverständigen diskutieren über die militärische Räumung der Ruhr. Die eigentliche Konferenz, die zusammenzutreten war, um das reine Wirtschaftsproblem des Finanzprogramms zu lösen, sei in Auflösung begriffen, und was gegenwärtig vor sich geht, ist ein heißes Gefecht um alle schwebenden diplomatischen, militärischen und Finanzfragen, die das Verhältnis der Alliierten zu Deutschland bestimmen. Anstatt der scharf umgrenzten Konferenz, die man uns versprochen hatte, haben wir nun eine Art von geheimer Genua-Konferenz. Die französischen Bankiers sind vor allem darum herkommen, ob die Flottmachung einer Anleihe für sie zur Folge haben würde, daß England sein Gutsaben von Frankreich einfordert. Mit anderen Worten, sie wollen wissen, ob sie noch weiterhin auf eine Stundung der französischen Schuldscheine rechnen können. In einem bestimmten Augenblick gestern abend war die Finanz- und Militärdiskussion ineinander übergeschrungen, und die Frage war von den Franzosen aufgeworfen worden, ob England Konzessionen in der Schuldenfrage machen könne, wenn Frankreich dazu einwilligt, die militärische Räumung der Ruhr innerhalb einer bestimmten Zeit vorzunehmen. In Bezug auf die Durchführung einer Anleihe in Frankreich scheinen die Pariser Bankiers skeptisch zu sein. Sie geben offen zu, daß Frankreich kein Interesse daran habe, der deutschen Wirtschaft auf die Beine zu helfen. Die ganze Konferenz hat sich plötzlich in Schwierigkeiten verwickelt, die nicht vorhergesehen waren."

Soweit der „Manchester Guardian". — Wir können seine Darstellung der Lage nach eigenen Informationen vollkommen bestätigen. Daß die nun einstandenen Schwierigkeiten nicht vorauszusehen waren, wird allerdings niemand behaupten können. Es war im Gegenteil seit langem klar, daß diese Schwierigkeiten auftauchen müßten, sobald Max Donald und Herriot aus ihrer nebelhaften Gefühlspolitik zu den Tatsachen kamen, und es war vor allem klar, daß hier große Gefahren liegen, von denen Deutschland auf dieser Konferenz bedroht werde. Es ist einfach lächerlich, wenn ein Teil der deutschen Presse es als einen großen Erfolg betrachtet, daß Deutschland nach London geladen und zur Diskussion über den Bericht zugelassen werden soll. Was hinter dieser Freundlichkeit liegt, ist nichts anderes als die flinke Taktik eines Gläubigers, der seinen Schuldner mit sanfter Ueberredung zu einer neuen Unterschrift veranlassen will. Die Gefahr für Deutschland liegt darin, daß auf dieser „geheimen Genua-Konferenz", die sich hinter den Kulissen der Londoner Konferenz abspielt, feste Vereinbarungen über schwerwiegende politische Fragen getroffen werden, und daß man den deutschen Vertretern, wenn sie auf diese Dinge eingehen wollen, erklären werde: „Damit haben wir nichts zu schaffen, das steht nicht auf dem Konferenzprogramm."

Wir möchten besonders betonen, daß diese Gefahren auch dann bestehen bleiben, wenn nach außen hin über politische Verbindungen zwischen den Alliierten nichts bekannt werden sollte. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, ist es wahrscheinlich, daß, wenn eine Einigung über den Bericht zwischen Paris und London zustande kommt (und es ist fraglich zu bezweifeln, daß dies nicht der Fall sein werde), sie auf der Grundlage einer politischen Verständigung beruhen werde. Wer kein Mensch wird wissen, worin diese Verständigung bestehe, wird erst in einigen Wochen und Monaten, wenn der Finanzbericht in Kraft sein wird, wird Deutschland erfahren, welches Schicksal das Rheinland erwartet. Mit welchen Argumenten das Londoner Kabinett im Gange ist, zeigt sich am besten in der Frage der militärischen Räumung. Im Augenblick hat es ganz den Anschein, als ob Herriot selbst diese Frage, deren enge Verbindung mit dem Finanzgutachten er trotzdem werden kann, dazu benutzen wolle, um die französischen Ansprüche in der Sicherheitsfrage vorwärts zu bringen oder wenigstens im französischen Interesse liegende militärpolitische Vereinbarungen mit Deutschland zu ergänzen.

Aus den Kommissionen.

Die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

London, 29. 7. (T. U.)

Die dritte Kommission, die sich mit der Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen Deutschland und den alliierten Mächten beschäftigt, macht gute Fortschritte und hofft, in ihrer heutigen Sitzung ihre Arbeit abschließen zu können.

Die erste Kommission hält heute keine Sitzung ab. Ihre Mitglieder werden jedoch im Laufe des heutigen Tages zu informatorischen Zwecken privatim unter sich bereits Vorbesprechungen über das Programm der für morgen festgesetzten Sitzung der Kommission verbunden.

Der Bericht der zweiten Kommission über die Wiederherstellung der staatlichen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, der von der Konferenz angenommen worden ist, ist amtlich noch nicht veröffentlicht worden. Die in der Presse veröffentlichen nichtamtlichen Auszüge befriedigen die schon vorher in der Presse erschienenen Meldungen über den Inhalt dieses Berichtes. Dem Bericht hinzugefügt ist eine Manteinsatz, in der ausdrücklich erklärt wird, daß nichts, was in dem Bericht enthalten sei, als Zeichen dafür ausgelegt werden dürfe, daß die verschiedenen Regierungen in irgendeiner Weise ihre Auffassung über die Ruhrbesetzung geändert hätten, daß aber die Frage der militärischen Räumung außerhalb des Kompetenzbereiches der Kommission liege.

Die französische Linke gegen die Ruhrbesetzung.

sf. Paris, 29. 7. (Eigenbericht.)

Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Herriot ergebene Presse zum Gegenangriff gegen die Organe Poincarés übergehen beginnt. Das Kampfobjekt könnte die militärische Besetzung der Ruhr werden. Man will scheinbar der französischen Oeffentlichkeit klarmachen, daß dieser Teil der Ruhraktion von ihnen nicht verscharfen wird. So glauben viele Franzosen, es sei nur das Prestige der Armee in der Ruhr gehoben worden und es würde selbst, wenn die Armee aus diesem Gebiete zurückgezogen würde, ohne irgendwelche greifbaren Erfolge heimgekracht zu haben. Deshalb bringen die erwähnten Blätter der Oeffentlichkeit in Erinnerung, daß antäglich des Ruhreinmarsches offiziell und offiziös französischerseits überall mitgeteilt worden ist, es handle sich nur um eine wirtschaftliche Expedition, und die Soldaten blieben nur zum persönlichen Schutze der Ingenieure und Zollbeamten. Erst der passive Widerstand habe ein größeres Aufgebot notwendig gemacht, und der Zusammenbruch des Widerstandes könne als Erfolg der militärischen Besetzung angesehen werden. Wenn Frankreich sein von Poincaré gegebenes Wort halten wolle, müsse es die Truppen zurückziehen, nachdem der wirtschaftliche Zweck erreicht sei.

Man kann nicht sagen, daß die vorstehende Argumentation bereits in der Oeffentlichkeit Fuß gefaßt habe. Es scheint sicherlich der Umstand, daß das Kinkaterroll durch das Einreisen für die alliierten Schuldscheine Amnestie der Deserteure das kriegerische Gefühl der französischen Rechtsparteien derzeit verletzt habe, daß diese geneigt sind, den Kartellparteien jedes Verschwinden für Militär und darüber hinaus sogar für patriotische Begriffe abzusprechen. Weite Kreise der französischen Oeffentlichkeit haben sich an den Gedanken gewöhnt, die französischen Truppen im Ruhrgebiet als ein Element der französischen „Sicherheit" anzusehen.

Die Sinfaßlichkeit sind bemüht, nachzuweisen, wie verderblich die Ruhrbesetzung gewirkt hat. Frankreich sei gänzlich isoliert, und die Belgier fühlen sich unbehaglich. Allein die militärische Aktion hindere die Einigung in der zweiten Kommission in London. Herriot habe für die Ruhrräumung andere Vorteile einzutauschen; entweder einen vorteilhaften Handelsvertrag mit Deutschland oder englisch-amerikanische Konzessionen in der Frage der interalliierten Schulden und amerikanische Konzessionen in territorialer Hinsicht. Hier findet Herriot sogar die Unterstützung sozialistischer Rechtsblätter. Die extremen Organe fegen dagegen den Sozialisten mit einer Richtung fort, und da sie journalistisch sehr stark sind, vermögen sie sich immer sehr wirkungsvoll durchzusetzen.

*

Die Reparationskommission hat heute vormittag eine Sitzung abgehalten. Gegenstand der Besprechung war die Londoner Konferenz. Man erwartet die Abreise der Repko nach London spätestens morgen.

Die gestrige Bankierkonferenz.

London, 29. 7. (T. U.)

Heute vormittag hat eine Besprechung der großen Fünf stattgefunden, die gegen Mittag zu Ende war. Gleichfalls wird eine wichtige Konferenz der Bankiers gemeldet, an welcher die französischen und belgischen Bankiers teilnehmen sollen. Das Hauptinteresse konzentriert sich nach wie vor auf die außerhalb des Konferenzgahmens liegenden Dinge, zunächst auf den Kompromißvorschlag Deganis, der bekanntlich gestern abend genommen, auch nicht abgelehnt, aber doch zu Protokoll genommen worden ist. Gegenwärtig arbeitet man daran, ihn in Uebereinstimmung mit den Wünschen der englischen Regierung zu vorschlagen zu bringen. Er versucht die taktische Absicht, die wesentlichen Fragen, die letzten Ende bei das Konferenzergebnis entscheidend sein werden, in den Vordergrund zu ziehen. Diese befassen einmal in dem Sicherheitsbedürfnis der Bankiers und in dem Sicherheitsbedürfnis Deutschlands. Was die Bankiers anbetrifft, so ist ganz bezeichnend für die Gesinnungsrichtung, daß sich eine Kundgebung dahin, daß sich eine Ausfluß ergibt, in dieser Hinsicht einen Rückhandel einzuleiten, zu Tage gefördert worden. Die Konferenzergebnisse sicherlich in ein praktisches Ergebnis verfrachtendes Gesetz geformt ist. Es werden unter der Oberfläche die eigentlichen englisch-französischen Gegensätze bemerkbar. Auch das französische Programm Englands ist nicht ohne politischen Beigeschmack, während man in Frankreich begreift, daß man vielleicht ein ausgesprochenes Gefühl machen kann, wenn man die Dinge nicht überspannt. Gewiß aus diesem Grunde erwartet man wesentliche Ergebnisse aus der heutigen Bankierkonferenz.

Eine Vollsitzung findet morgen nicht statt, es werden jedoch die großen Fünf nachmittags eine gemeinsame Besprechung haben. In politischen, jedoch nicht amtlichen Kreisen wird es für möglich gehalten, daß morgen abend die Einladung an Deutschland abgeht.

Nachgeben der Bankiers?

Schw. London, 29. 7. (Eigenbericht)

Die Lira ist nach wie vor eine und Schwierigkeit. Sie will immer noch nicht daran glauben, daß die Bankiers unter Umständen doch nachgeben würden. Niederstein scheint alles auf Konzessionen von seiten der Franzosen und auf reinlichen Nachgeben der Bankiers hinzubeuten. Man darf nicht vergessen, daß jedes Nachgeben von dieser Seite auf Kosten Deutschlands gehen muß.

Aus den verschiedenen Vorschlägen versuchen Frankreich und Belgien einen einzigen zu konstruieren, der allen Teilen gerecht werden soll. Unter Lamonts Vorsitz konferierten im Laufe des Tages auch die britischen, französischen, belgischen, italienischen und amerikanischen Bankiers.

Anleihe und Sachlieferungen.

Französische Wirtschaftswünsche.

a. London, 29. 7. (Eigenbericht.)

Die Aufmerksamkeit der Konferenz richtete sich heute vor allem auf den neuen französisch-belgischen Vermittlungsvorschlag in der Anleihefrage, der morgen der ersten Kommission vorgelegt werden soll. Ueber den Inhalt dieses Vorschlages sind bereits allerlei Versionen im Umlauf, von denen eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Danach hätte es den Anschein, als ob Frankreich den Versuch machen wolle, die Anleihefrage mit der Frage der deutschen Sachlieferungen in Zusammenhang zu bringen. Wie man sich erinnern wird, sind bereits vor einigen Tagen Gerüchte aufgetaucht, nach denen Herriot die Absicht habe, den Abschluß einer umfassenden wirtschaftlichen und industriellen Vereinbarung mit Deutschland vorzuschlagen, wobei angedeutet wurde, daß die Möglichkeit der militärischen Räumung der Ruhr als Gegenleistung dienen solle. Tatsächlich wurde bereits zur Zeit der Unterredung von Chequers von französischer Seite die Notwendigkeit wirtschaftlicher Vereinbarungen mit Deutschland hart betont, und auch jetzt wieder sieht dieser Gedanke in den französischen Delegationskreisen ständig zur Erörterung. Als Einbegriff für eine derartige Vereinbarung, die sich besonders auf die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen beziehen würde, soll die Durchführung der Sachlieferungen dienen, die ja in der Zat zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Kommission und die Regelung umfassender industrieller Fragen bietet. Sollten sich die oben erwähnten Gerüchte über den Inhalt des neuen französischen Vermittlungsvorschlages bestätigen, so würde das zeigen, daß Frankreich nun auch die Anleihefrage in den Dienst dieser Bestrebungen stellen will. Von diesem Standpunkt aus muß es die stärksten Bedenken erwecken, daß man auf französischer Seite versucht, in dieser Angelegenheit gegenüber Deutschland mit allerlei Druckmitteln zu arbeiten.

Zur Lösung der Garantiefrage, von der bekanntlich all die Schwierigkeiten hinsichtlich der Anleihe ausgehen, lagen bisher der Konferenz folgende drei Vorschläge vor:

1. der gemeinsame französisch-amerikanische Vorschlag, wonach Frankreich das Recht auf Sonderzahlungen behalten sollte. Er wurde von der Finanzabgelehnt.

2. der belgische Vorschlag, neben der Repko eine zweite Körperschaft zur Festsetzung einer deutschen Verbesserung einzusetzen, die jedoch nur beratende Stimme haben sollte, während die Entscheidung bei der Repko verbleiben sollte. Er wurde ebenfalls von der Finanz abgelehnt.

3. ein von amerikanischer Seite ausgehender Vorschlag, wonach die Repko ein Mehrheitsrecht mit entscheidender Stimme behalten sollte, wurde ebenfalls von Frankreich abgelehnt.

4. der letzte amerikanische Vorschlag, der in der gestrigen Sitzung der ersten Kommission vorgelegt wurde, wonach die Repko gemeinsam mit Vertretern Deutschlands und der Finanz sich über die Garantiefrage sich verständigen sollte. Dieser Vorschlag Aloß besonders auf den Widerstand Englands und fand nur die Zustimmung Belgiens.

Ein neuer französischer Vorschlag.

Paris, 29. 7. (W. T. B.) Ueber den angekündigten neuen Kompromißantrag der französischen Delegation zur Frage der Verfehlungen und Sanktionen, der in der ersten Kommission verhandelt wird, berichtet der Sonderberichterstatter der Agence Havas aus London, der französische Vorschlag bestehe in großen Zügen darin, daß man jedesmal dann, wenn die Reparationskommission über eine Verfehlung Deutschlands sich zu einigen sprechen hätte und nicht imstande wäre, allseitige Uebereinstimmung zu erzielen, eine schiedsgerichtliche Entscheidung in Anspruch nehmen würde.

Die Reparationskommission würde in diesem Falle die Beschlußfassung an ein Komitee von beispielsweise drei Schiedsrichtern verweisen, darunter einen Amerikaner. Dieser Vorschlag, der bis jetzt keinen endgültigen Charakter habe, entspreche dem Versailler Vertrage, der der Reparationskommission in § 7 der Anlage zu Teil VIII die Möglichkeit biete, „alle notwendigen Ausführungsmaßnahmen zur Erfüllung dieser Aufgabe zu treffen".

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	29. 7.	28. 7.		29. 7.	28. 7.
Tägl. Geld	2½	2½	Amsterdam	38,16	38,16
Berlin	23¼ G, 24 B	23¼ G, 24 B	Zürich	18,40	18,40
Wechselkurse	keine Umsätze	keine Umsätze	Kopenhagen	16,14	16,13
London	-	-	Prag	2,97	2,97
Kabel-Tr.	4,4037	4,4025	Oslo	4,33	4,33
Paris	3,5737	4,3735	Madrid	13,37	13,39
Paris	5,074	5,11	Athen	-	-
Brüssel	4,55	4,59	Sofia	68	68

New York, Produktenmarkt.

	29. 7.	28. 7.		29. 7.	28. 7.
Kaffee loco	17	17	Zucker	19,25	19,25
Sept.	15,06	15,40	Weizenmehl	5,50	5,50
Dezbr.	14,73	15,10	Schmalz	14,65	14,42
Mrzbr.	14,18	14,40	Talg	-	-
Mrzbr.	13,72	14,00	Rm. Santos I.	13,50	-
Mai	13,44	13,70	Reis	-	13,40
Baumwolle	38,00	38,85	Petroleum Cas.	16,90	16,90
Aug.	28,75	29,60	Tanks	6,50	6,50
Sept.	29,05	29,50	Pennsylvania	13,50	13,50
Okt.	29,04	29,40	Gasoline	3,25	3,25
Dez.	28,23	28,56	Zucker Raff.	3,36	3,40
Salatöl	4,000	8,000	Sc.	8,40	3,30
Schweinefett	13¼	13¼	Weizenmehl	24,25	24,25
Mais	7,50	7,25	Sc.	77,75	77,75
Sept.	6,05	6,07	Baumwoll. R. Dez.	29,50	30,00

	29. 7.	28. 7.		29. 7.	28. 7.
Weizen, rot	146	148	Mais, alt	5,75-5,25	5,75-6,25
Hartw.	148	150	Gerst. Engl.	1 sh 8 d	1 sh 8 d
Mehl	122	122	Kontinent	7 cts.	7 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	29. 7.	28. 7.		29. 7.	28. 7.
Weizen Aug.	136	136¼	Schmalz, Sept.	13,72½	13,50
Sept.	132½	134½	Rippen, Aug.	12,30	12,00
Mais Aug.	112½	111	Rippen	12,00	12,00
Sept.	109½	108½	Getreide, Aug.	10,60	9,80
Hafer Aug.	54	54	Schweine, Mitte	11,15	10,50
Sept.	50½	51½	Schweine, Ende	10,40	10,00
Roggen Sept.	95	95	Schweine, Anfang	11,00	10,15
Okt.	100½	101½	Schweine Chicago	18 000	37 000
Schmalz Aug.	13,65	13,35½	Schweine Westen	96 000	112 000

Herriot bittet um gut' Wetter.

Eröffnung des französischen Parlaments.

Paris, 29. 7.

Mit dem heutigen Tage sind die Parlamentsferien zu Ende gegangen. Kammer und Senat sind heute wieder zusammengetreten. Auf der Tagesordnung der Kammer stand zunächst die Genehmigung der Haushaltsgesetze für 1924. Diese Nachtragskredite umfassen einen ersten Abschnitt von 315 Millionen, der heute zur Verabschiedung kam. Der zweite Abschnitt von 800 Millionen wird am 1. August stattfinden. Der Senat kam zunächst das Amnestiegesetz, das die Kammer bereits passiert hat, zur Besprechung.

Herriot hat den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Justizminister Nermarch, ersuchte gebeten, der Kammer mitzuteilen, daß die Artikel der gemeinsamen französisch-englischen Note in London als Grundlage der Erörterung dienen. Der erste Artikel der Frage einmaiger Verfehlungen und Sanktionen behandle, habe einstimmig eine Verteidigung angenommen, die den Vertretern der künftigen Ruhrbesitzer nicht geeignet erscheinen sei, den Ertrag der 900-Millionen-Anleihe sicherzustellen. Die französische Abordnung wolle zwar den Anleihezeichnern alle erdenklichen Sicherungen geben, sie wolle aber darüber daß der Friedensvertrag nicht berührt, die Rechte Frankreichs nicht beeinträchtigt würden. Die Beschlüsse des zweiten Ausschusses, der die Wiederherstellung der staatlichen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands bezwecke, seien von der Konferenz gebilligt worden, bis auf die geforderte Beibehaltung der französischen und belgischen Eisenbahner auf den linken Rheinufer. Der dritte Ausschuß setze seine Arbeiten, betr. Sachlieferungen und Transferierung der deutschen Zahlungen fort.

Ueber die Ausführung der Beschlüsse der Londoner Konferenz sei eine Einigung auf Grund der Vorschläge eines französischen und englischen Juristen noch nicht erzielt worden. Dieser Ausschuß habe bestimmen Punkte bestimmt, die zwischen der Reparationskommission und Deutschland oder zwischen den alliierten Regierungen und der Reichsregierung oder auch zwischen den alliierten Regierungen allein festgesetzt werden sollten. Darauf hin sei die Reparationskommission nach London gehen worden. Die Premierminister würden die Delegationen zur Sitzung berufen, sobald eine Einigung über die wesentlichen Fragen zwischen den Alliierten erfolgt sei. Die Verhandlungen verlangsamen wegen der vielen technischen Schwierigkeiten noch mehrere Tage. Die französische Regierung verfolge mit seinem Willen ihr Ziel, die Reparationen, die Einigkeit zwischen den Alliierten und den Frieden zu sichern.

Nach dem „Temps" wird es in den Kammerfraktionen allgemeinen für wahrscheinlich gehalten, daß Donnerstag, den 31. Juli, abends, zu tagen und auf Grund eines Beschlusses des Parlaments erst am 16. September wieder zusammenzutreten, um dann die Debatte über die Ergebnisse der Londoner Konferenz aufzunehmen.

Ironie der Rechten.

sf. Paris, 29. 7. (Eigenbericht)

Die beiden Kammern der französischen Volksvertretung sind heute tatsächlich zusammengetreten. Der „Temps" der außenpolitik in sachlich sehr wirkungsvoller Weise für die Regierung Herriot eintritt, setzt innerpolitisch seinen Kampf gegen dieselbe Regierung fort. Das Blatt widmet der heutigen Eröffnungssitzung einen keitartikel, der in Form einer Ironie die Rechte ironisiert ist. Das kann zum parlamentarischen Leben geborene Linkskartell habe sofort die Leitung der Dinge in die Hand genommen und sei übergeugt, die ganze Welt nach seinen Wünschen umformen zu können. Sofort nach Entfernung Poincarés würden England und Frankreich sich vertragen, Deutschland und Rußland würden zahlen. Herriot brauche nur nach London zu fahren, um von Max Donald zu erreichen, was seine Vorgänger von dem liberalen Lloyd George und den konservativen Baldwin und Bonar Law nicht hätten erreichen können. Aber ebenso wie die Londoner Konferenz sich nicht zur Verfügung stellte, tue es der Senat. Er werde entscheiden, ob er den Befehlen der Sozialisten und Kommunisten der Kammer gehorchen wolle. Das Parlament werde entscheiden, ob es Duverstimmen halten will, um die Ergebnisse einer Konferenz anzuhören, die nicht endet, und um eine Amnestie zu beschließen, die nicht bringlich ist.

Im Senat tagte zuerst die außenpolitische Kommission und sie vertagte sich alsbald. Senator Honnorat verlangte die Einführung bunterender militärischer Kontrollvorrichtungen. Das Parlament habe den Völkerbund im Laufenden zu erhalten. Die Idee wurde der Regierung mitgeteilt. In der Vollsitzung wurde das Telegramm Herriots verlesen und das Ergebnis der Londoner Konferenz Natier verlangte für dieses Gesetz einmalige Beratung. Ein Sozialist verlangte unter einiger Ruhe dringliche und zustimmende Verhandlung. Daraus wurde der Gesetzentwurf des Wiederherstellungsgesetzes der gutsindigen Kommission übergeben und die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen.

In der Kammer waren verhältnismäßig wenig Deputierte anwesend. Der Ministerpräsident fand hier lebhaften Beifall. Dann folgte eine heftige Debatte wegen des Nachtsundentages, der bei der Eisenbahn nicht eingehalten werde, so daß die Eisenbahner 15 bis 18 Stunden im Dienst blieben. Die den Nachtsundentag betreffendgesetze Resolution wurde angenommen.

Die Handgranaten der deutschen Polizei.

London, 29. 7. (W. T. B.) Im Unterhause fragte ein Mitglied, ob dem Staatssekretär des Aeußern bekannt sei, daß die deutsche Polizei unter Verletzung des Versailler Friedensvertrags im Gebrauch der Handgranaten ausgebildet sei, und ob die Tätigkeit der Polizei von der interalliierten Militärkommission unterstützt werde. Ponsonby erwiderte, der Fragesteller sei falsch unterrichtet. Der Friedensvertrag verbiete der deutschen Polizei nicht den Gebrauch von Handgranaten. Die Antwort auf den zweiten Teil der Frage lautete bejahend.

T. U. meldet:

Ein zuständiger Sieller wird bestätigt, daß morgen die Vertreter der Sachfortkommission nach Berlin kommen werden, um sich mit der Regierung in der Angelegenheit der Wiem-Verträge zu besprechen.

Bemerkungen zum Gutachten.

Von
Staatsminister a. D. Graf v. Roedern.

Der Dawes-Bericht ist als Ganzes von der deutschen Regierung angenommen worden. Um ihn wirksam zu machen, bedarf es einer Reihe deutscher Gesetze, die den nach keinesweges in allen Abschnitten in die präzise Sprache eines Gesetzes oder Staatsvertrages gefleideten Gedanken des Berichts die rechtsverbindliche Form geben sollen.

Die Annahme dieser Gesetze, die mit ihren Eingriffen in die Gebiete der bisherigen Reichshoheit zweifellos in mehreren Punkten über die Bestimmungen des Versailler Diktates hinausgehen, ohne daß dafür formell auch eine klare Herabsetzung der Versailler Entschädigungsforderung erfolgt wäre, ist nur denkbar, wenn Sicherheit darüber besteht, daß vor ihrem Inkrafttreten die von den Ententemächten zu schaffenden Voraussetzungen auch in die klare Sprache international verbindlicher Erklärungen übergeführt werden. Dies gilt vor allem von der wirtschaftlichen Freiheit von Rhein und Ruhr. Es gilt aber auch von einer Reihe von Einzelbestimmungen, bei denen noch deutsche Unterschänder zu Worte kommen müssen, um unser künftiges Vertragsverhältnis zu den Ententestaaten vor gefährlichen Unklarheiten zu bewahren.

In den Hauptzügen bieten die Gutachtens läßt sich nichts mehr ändern. So angreifbar sie sind, hier würde jede Einwirkung auf die Gegnerseite vergeblich Bemühen bleiben. In den letzten Wochen ist — auch an dieser Stelle — immer wieder, aber ohne Erfolg nachgewiesen worden, daß die eine dieser Grundlagen unzutreffend ist, die Annahme, Deutschland sei wirtschaftlich durch Krieg und Kriegslasten weniger geschädigt als die Länder, die in stärkerem Umfang Kriegsschauplatz waren. Für jeden Bahnsinn überzeugend konnte dabei nachgewiesen werden, daß die Uebertragung des gesamten deutschen, privaten Auslands- und Kolonialvermögens an unsere Gläubiger, die Zerstörung der Handelsflotte, die Sachlieferungen und Barzahlungen der letzten sechs Jahre einen erheblich höheren Wert darstellen als sämtliche in Frankreich, Belgien und Italien durch die Kriegsmaßregeln beider Parteien vernichteten oder beschädigten Sachgüter. Auch die immer wiederkehrende Behauptung der Sachverständigen, daß die durch den Währungsverfall eingetretene Tilgung der Staats-,